

CDU/CSU und FDP schädigen das Bundesprogramm Ökologischer Landbau

Regierungskoalition hat für Bio nichts mehr übrig, fördert aber die „BioÖkonomie“ mit 2,4 Milliarden Euro

Die von der Regierungskoalition beschlossene „Öffnung“ des Bundesprogramms Ökologischer Landbau macht deutlich, dass eine Mehrheit in CDU/CSU und FDP für eine industrielle Landwirtschaft steht und moderne Formen der ökologischen Bewirtschaftung als „rückwärtsgewandte Spinnerei“ abtut. Entgegen der Darstellung der Koalition werden die ohnehin geringen Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau ausgeschöpft.

Nach dem Willen von CDU/CSU und FDP wird das Programm für nachhaltige Formen des konventionellen Landbaus geöffnet. „Nachhaltige Landwirtschaft“ ist jedoch ein Begriff, für den es zwar viele Definitionsvorschläge gibt, anders als bei der Biolandwirtschaft ist jedoch keine davon gesetzlich gefasst. „Das öffnet die Türen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau für Agrogentechnik, industrielle Tierhaltung und Pestizideinsatz und verringert gleichzeitig die vergleichsweise winzige Summe, die dem Ökolandbau seit 2001 zur Verfügung steht“, befürchtet der Geschäftsführer der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) Dr. Uli Zerger. Naturland-Präsident Hans Hohenester geht einen Schritt weiter und betont „Die Öffnung des Bundesprogramms ist ein Angriff auf uns Öko-Bauern!“

In die Agro-Industrie fließen dagegen seit Jahren sehr viel höhere Summen. Während das Bundesprogramm Ökologischer Landbau heute nur noch über einen Etat von 16 Millionen Euro verfügt, werden in den nächsten sechs Jahren allein 2,4 Milliarden Euro in die sogenannte Bioökonomie-Forschung fließen. Von diesem Programm werden große Konzerne profitieren, die angesichts der schwindenden Ölvorräte die Landwirtschaft als neue Rohstoffquelle ausgemacht haben. Dabei gehören Methoden der Agro-Gentechnik, die rund 80 Prozent der Bevölkerung ablehnen, zum üblichen Repertoire.

Das Programm "Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030" wird von einem „BioÖkonomieRat“ gestaltet und geleitet werden, dem keine Vertreter der Zivilgesellschaft und keine Wissenschaftler mit dem Schwerpunkt ökologische Landwirtschaft angehören, dafür jedoch Vertreter von Unternehmen wie BASF und KWS SAAT AG. „Der BioÖkonomieRat übernimmt für die Konzerne die Vorbereitung eines gewaltigen Umbaus der zurzeit noch weitgehend bäuerlichen Landwirtschaft zu einem Wirtschaftszweig, der als Rohstofflieferant für die Industrie dienen soll. In einer industriellen Landwirtschaft, wie sie Regierungskoalition und BioÖkonomieRat anstreben, werden Aspekte wie Artenvielfalt und Landschaftsästhetik voraussichtlich kaum noch von Bedeutung sein“, warnt Dr. Steffi Ober, Referentin für Gentechnik und Biodiversität beim NABU.

„Die Koalition stellt sich gegen ihre offiziellen Beteuerungen und handelt gegen die Verbraucher, denen es immer wichtiger ist, gesunde und nachhaltige Lebensmittel zu essen“, kritisiert Elke Röder, Geschäftsführerin des Bundesverband Naturkost Naturwaren. „Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau ist unverzichtbar, denn der ökologische Landbau ist im besonderen Maße dazu geeignet, Antworten zu geben auf die großen Herausforderungen der Zukunft wie dem Klimaschutz und der Ernährung der Weltbevölkerung, dem Schutz der Gewässer und der Artenvielfalt“, unterstreicht Tanja Dräger, WWF-Agrarexpertin. „Eine Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2010 ohne ökologischen Landbau kann nicht das nachhaltige Lösungspotential für die globalen Probleme entwickeln“, resümiert Stephan Illi, Vorstand des Demeter-Verbandes.

Die Verbände fordern die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, in der bevorstehenden Haushaltsberatung das Bundesprogramm Ökologischer Landbau in der bisherigen Form beizubehalten und deutlich besser auszustatten.

